

Spanien: Kräftige monetäre Impulse überdecken strukturelle Schwächen

Inhalt

Spanien: Kräftige monetäre Impulse
überdecken strukturelle Schwächen
Seite 131

Katja Rietzler
krietzler@diw.de

Spaniens überdurchschnittlich hohes Wachstum in den vergangenen Jahren darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Wirtschaftspolitik noch erhebliche strukturelle Probleme lösen muss. Die beeindruckende binnenwirtschaftliche Expansion ist in erster Linie das Ergebnis der für Spanien stark expansiv wirkenden Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) sowie der Multiplikatorwirkungen erheblicher Nettozahlungen aus Brüssel. In Verbindung mit Steuervergünstigungen haben diese Faktoren einen Boom auf dem Immobilienmarkt ausgelöst, der zunehmend Züge einer spekulativen Blase annimmt. Soll Spanien auf einem dauerhaften Wachstumspfad bleiben, muss künftig der internationalen Wettbewerbsfähigkeit mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Zum einen sollte sich die Lohnbildung stärker an der Produktivitätsentwicklung orientieren und die Lohnindexierung abgeschafft werden. Zum anderen ist eine massive Förderung von Bildung und Forschung nötig, soll Spanien nicht länger den zweithöchsten Anteil an niedrig qualifizierten Arbeitnehmern in der Europäischen Union haben.

Hohe Wachstumsdynamik

Die spanische Wirtschaft expandierte in den vergangenen Jahren weitaus kräftiger als der Durchschnitt des Euroraums und fast dreimal so stark wie Deutschland. Treibende Kraft war die dynamische Binnennachfrage, die nach Daten von Eurostat von 1995 bis 2003 mit einer durchschnittlichen jährlichen Rate von 3,7% wuchs (Tabelle 1). Besonders stark legten die Investitionen zu. Die Bauinvestitionen stiegen dabei im oben genannten Zeitraum um durchschnittlich 4,6% pro Jahr. Einen regelrechten Boom verzeichnete der Wohnungsbau mit durchschnittlichen Zuwachsraten um 6%, und auch im Bereich der Infrastruktur wurden die Investitionen kräftig ausgeweitet.

Auch die öffentlichen und die privaten Konsumausgaben stiegen seit 1995 mit durchschnittlichen jährlichen Zuwachsraten von über 3% merklich. Stützend wirkten hierbei der enorme Beschäftigungszuwachs sowie die Steuersenkungen in den Jahren 1999 und 2003.

Seit Anfang 1995 sind in Spanien nach Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung mehr als 3 Mill. neue Arbeitsplätze entstanden. Damit hat die Zahl der Beschäftigten seit Mitte der 90er Jahre um fast ein Viertel zugenommen. Besonders deutlich wuchs die Beschäftigung in der Bauwirtschaft und bei den Dienstleistungen. Die Zahl der Beschäftigten im Bau erhöhte sich seitdem um rund die Hälfte und damit stärker als in irgendeinem anderen Wirtschaftsbereich; allein hier entstanden über eine halbe Million Arbeitsplätze. Auch im

Deutsches
Institut f. Wirtschaftsforschung

12. März 2004

Zeitschriften

Tabelle 1

Entwicklung wirtschaftlicher Indikatoren in Spanien, Deutschland und dem Euroraum 1993 bis 2003

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Spanien											
Bruttoinlandsprodukt, real	-1,0	2,4	2,8	2,4	4,0	4,3	4,2	4,2	2,8	2,0	2,4
Inlandsnachfrage	-3,3	1,5	3,1	1,9	3,5	5,7	5,6	4,5	3,0	2,6	3,3
Privater Konsum	-1,9	1,1	1,7	2,2	3,2	4,4	4,7	4,0	2,8	2,6	3,0
Staatskonsum	2,7	0,5	2,4	1,3	2,9	3,7	4,2	5,1	3,6	4,4	4,6
Anlageinvestitionen	-8,9	1,9	7,7	2,1	5,0	10,0	8,8	5,7	3,3	1,0	3,0
Exporte	7,8	16,7	9,4	10,4	15,3	8,2	7,7	10,0	3,6	0,0	4,0
Importe	-5,2	11,4	11,1	8,0	13,2	13,2	12,6	10,6	4,0	1,8	6,7
Erwerbstätige im Inland	-2,8	-0,5	2,0	1,2	2,9	3,9	3,5	3,4	2,3	1,5	1,9
Standardisierte Arbeitslosenquote (in %)	18,6	19,8	18,8	18,1	17,0	15,2	12,8	11,3	10,6	11,3	11,3
Verbraucherpreise (HVPI)	4,9	4,6	4,6	3,6	1,9	1,8	2,2	3,5	2,8	3,6	3,1
Leistungsbilanzsaldo (in % des nom. BIP)	-1,1	-1,3	0,1	0,1	0,5	-0,5	-2,3	-3,4	-2,8	-2,4	.
Bruttoschuldenstand (in % des nom. BIP)	58,4	61,1	63,9	68,1	66,6	64,6	63,1	60,5	56,8	53,8	.
Finanzierungssaldo (in % des nom. BIP)	.	.	.	-4,9	-3,2	-2,7	-1,2	-0,8	-0,3	0,1	.
Deutschland											
Bruttoinlandsprodukt, real	-1,1	2,3	1,7	0,8	1,4	2,0	2,0	2,9	0,8	0,2	-0,1
Inlandsnachfrage	-1,1	2,3	1,7	0,3	0,6	2,4	2,8	1,8	-0,8	-1,6	0,3
Privater Konsum	0,1	1,1	2,1	1,0	0,6	1,8	3,7	2,0	1,4	-1,0	-0,1
Staatskonsum	0,1	2,4	1,5	1,8	0,3	1,9	0,8	1,0	1,0	1,7	0,9
Anlageinvestitionen	-4,4	4,0	-0,6	-0,8	0,6	3,0	4,1	2,7	-4,2	-6,7	-2,9
Exporte	-5,5	7,6	5,7	5,1	11,2	7,0	5,5	13,7	5,6	3,4	1,2
Importe	-5,5	7,4	5,6	3,1	8,3	9,1	8,4	10,5	0,9	-1,7	2,6
Erwerbstätige im Inland	-1,4	-0,2	0,2	-0,3	-0,2	1,1	1,2	1,8	0,4	-0,6	-1,1
Standardisierte Arbeitslosenquote (in %)	7,7	8,2	8,0	8,7	9,7	9,1	8,4	7,8	7,8	8,6	9,3
Verbraucherpreise (HVPI)	.	.	.	1,2	1,5	0,6	0,6	1,4	1,9	1,3	1,0
Leistungsbilanzsaldo (in % des nom. BIP)	-0,5	-1,1	-0,8	-0,3	-0,1	-0,3	-1,2	-1,4	0,2	3,0	2,4
Bruttoschuldenstand (in % des nom. BIP)	46,9	49,3	57,0	59,8	61,0	60,9	61,2	60,2	59,5	60,8	64,1
Finanzierungssaldo (in % des nom. BIP)	-3,1	-2,4	-3,5	-3,4	-2,7	-2,2	-1,5	-1,2	-2,8	-3,5	-3,9
Euroraum											
Bruttoinlandsprodukt, real	-0,8	2,4	2,2	1,4	2,3	2,9	2,8	3,5	1,6	0,9	0,4
Inlandsnachfrage	-2,1	2,1	2,1	1,0	1,8	3,6	3,5	2,9	1,0	0,3	1,0
Privater Konsum	-0,8	1,4	1,9	1,6	1,6	3,0	3,5	2,7	1,7	0,1	1,0
Staatskonsum	1,5	1,2	0,7	1,7	1,3	1,4	1,9	2,1	2,5	2,9	1,9
Anlageinvestitionen	-6,0	2,4	2,5	1,3	2,5	5,2	6,0	4,9	-0,3	-2,8	-1,2
Exporte	0,7	9,0	7,8	4,5	10,5	7,4	5,3	12,3	3,4	1,5	0,0
Importe	-4,1	8,3	7,6	3,3	9,1	10,0	7,6	11,0	1,7	-0,1	1,5
Erwerbstätige im Inland	-1,7	-0,4	0,8	0,2	0,8	2,0	1,8	2,2	1,4	0,5	.
Standardisierte Arbeitslosenquote (in %)	10,2	10,8	10,6	10,8	10,8	10,2	9,4	8,5	8,0	8,4	8,8
Verbraucherpreise (HVPI)	3,4	2,8	2,6	2,3	1,6	1,2	1,1	2,1	2,4	2,3	2,1
Leistungsbilanzsaldo (in % des nom. BIP)	.	.	.	.	0,9	0,3	-0,5	-1,2	-0,2	0,9	0,4
Bruttoschuldenstand (in % des nom. BIP)	67,3	70,0	74,2	75,4	74,9	73,2	72,1	69,6	69,2	69,0	.
Finanzierungssaldo (in % des nom. BIP)	-5,7	-5,1	-5,1	-4,3	-2,6	-2,3	-1,3	-0,9	-1,7	-2,3	.

Quellen: Eurostat; Statistisches Bundesamt; Banco de España; EZB; EcoWin; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2004

vergangenen Jahr, als es im Euroraum insgesamt keinen Beschäftigungszuwachs mehr gab, stieg die Zahl der Erwerbstätigen in Spanien immerhin noch um 1,9 %. Die standardisierte Arbeitslosenquote ist seit 1995 von nahezu 20 % auf derzeit 11,2 % gesunken. Sie ist damit aber immer noch die höchste in der Europäischen Union.

Die Beschäftigung konnte nur deshalb so kräftig zunehmen, weil die Beschäftigungsschwelle –

also die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP), ab der neue Arbeitsplätze entstehen – gegenüber den 80er Jahren stark gesunken ist (Tabelle 2). Dies ist aber gleichbedeutend mit einem immer geringer werdenden Produktivitätszuwachs in der spanischen Wirtschaft. Im Durchschnitt der letzten drei Jahre betrug dieser nur noch einen halben Prozentpunkt. Die höchsten Zuwachsraten von Produktion und Beschäftigung wurden in arbeitsintensiven Bereichen wie der Bauwirtschaft

Tabelle 2

Beschäftigungsschwelle in Spanien

Durchschnittliche Jahreswerte

	Ökonometrische Schätzung	Produktivitätszuwachs
1982Q1 bis 2002Q2	1,4	1,5
1982Q1 bis 1993Q2	1,8	1,8
1993Q3 bis 2002Q2	0,8	1,1

Quelle: Schätzung und Berechnungen des DIW Berlin auf der Basis von Eurostat-Daten. DIW Berlin 2004

sowie den privaten und öffentlichen Dienstleistungen verzeichnet.

Der niedrige Produktivitätszuwachs bedeutet auch für die Reallohnentwicklung einen sehr eingeschränkten Spielraum. Preisbereinigt mit dem Deflator der privaten Konsumausgaben, in dem auch Importpreise berücksichtigt sind, stiegen die realen Arbeitnehmerentgelte pro Kopf nach Daten von Eurostat von 1995 bis 2003 um durchschnittlich 0,6 % pro Jahr; bereinigt mit dem BIP-Deflator erhöhten sie sich lediglich um jährlich 0,2 %. Die Zunahme war damit geringer als in Deutschland. Dies gilt, obwohl die Nominallöhne in Spanien – auch aufgrund der für rund drei Viertel der Arbeitnehmer geltenden Indexierung – regelmäßig um gut 3½ % gestiegen waren und damit z. B. weit über den deutschen Lohnsteigerungen lagen.

Dass die Haushalte insgesamt dennoch ihren Konsum kräftig ausweiten konnten, hatte vor allem vier Gründe:

- Infolge des Beschäftigungszuwachses sind die Zahl der Menschen mit Arbeitseinkommen und damit auch die verfügbaren Einkommen der Haushalte gestiegen.
- Mit der Absenkung des Zinsniveaus im Zuge der Währungsunion verbilligten sich die Konsumenten- wie auch die Hypothekenkredite, was ebenfalls zu einer starken Ausweitung des Konsums beitrug.
- Aufgrund der stark gestiegenen Immobilienpreise erhöhte sich das Vermögen der privaten Haushalte.¹
- Die Regierung hat die Haushalte durch ihre Steuerreformen 1999 und 2003 deutlich entlastet.

Der private Konsum hat vor allem von der überaus günstigen Beschäftigungsentwicklung profitiert. Diese war neben der Zinsentwicklung sicher

Die Beschäftigungsschwelle wurde mithilfe einer Regressionsgleichung geschätzt. Dabei wurde die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts als unabhängige Variable eingesetzt, die Zuwachsrate der Zahl der Erwerbstätigen (Inlandskonzept) als abhängige Variable.

Zu methodischen Einzelheiten vgl.: Arbeitsmarkt im Abschwung. Bearb.: Camille Logeay. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 45/2001, Kasten auf S. 740.

auch ein Grund für den Rückgang der Sparquote, weil das Motiv, für den Fall der Arbeitslosigkeit vorzusorgen, weitgehend entfiel. Diese Effekte haben die relativ geringen Steigerungen der realen Arbeitnehmerentgelte mehr als kompensiert.

Hohe Lohnstückkostenzuwächse erodieren die Wettbewerbsfähigkeit

Die gemessen an der Produktivitätsentwicklung hohen Nominallohnsteigerungen führten dazu, dass die nominalen Lohnstückkosten (also das Verhältnis von Löhnen zur Produktivität) deutlich rascher stiegen als im Durchschnitt des Euroraums (Abbildung 1). Folglich fiel die Inflationsrate in Spanien deutlich höher aus; das Inflationsdifferential zum Euroraum betrug in den letzten Jahren für den von Eurostat veröffentlichten Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) zeitweise mehr als 1,5 Prozentpunkte.

Während in der Zeit vor der Einführung des Euro Aufwertungen (real oder nominal) gegenüber den Ländern des heutigen Euroraums durch eine Abwertung der Peseta wieder korrigiert werden konnten, schlugen sich Unterschiede in der Preisentwicklung zwischen den Mitgliedsländern des Euroraums heute unmittelbar im realen Außenwert nieder. Für Spanien, dessen Exporte in den Euroraum rund 60 % seiner gesamten Warenexporte ausmachen, ist dieser Effekt von besonderer Bedeutung.

Die stetige reale Aufwertung gegenüber den übrigen Ländern des Euroraums und die kräftige Binnennachfrage in den letzten Jahren führten zu einem Handelsbilanzdefizit von rund 5 %² des Bruttoinlandsprodukts. Dank der Finanzzuweisung

¹ Nach Angaben der OECD wird das Vermögen der privaten Haushalte zu rund 70 % in Immobilien gehalten. Vgl. OECD Economic Survey: Spain 2003/7. Paris 2003, S. 16.

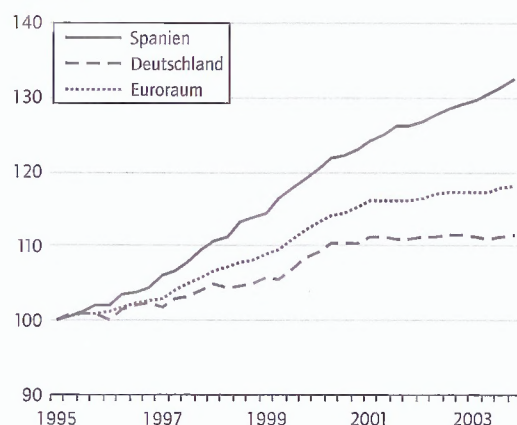
² Nach eigenen Berechnungen auf der Basis von Daten von Eurostat (nominales Bruttoinlandsprodukt) und der Banco de España (Handelsbilanzsaldo, Leistungsbilanzsaldo).

Abbildung 1

Wirtschaftliche Indikatoren im Vergleich

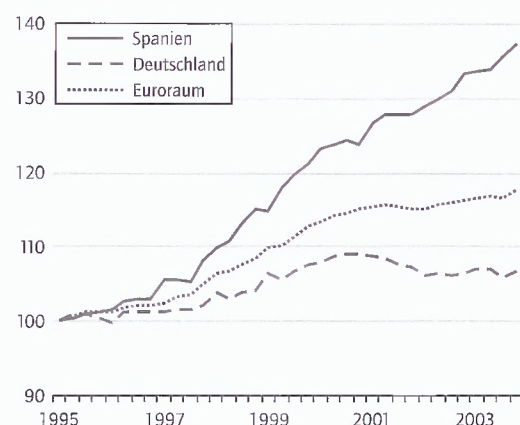
Bruttoinlandsprodukt¹

1. Quartal 1995 = 100



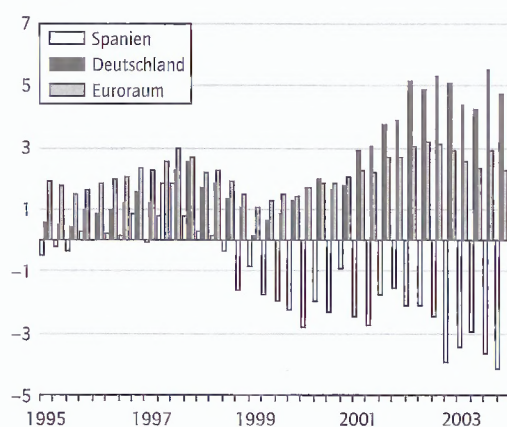
Inlandsnachfrage¹

1. Quartal 1995 = 100



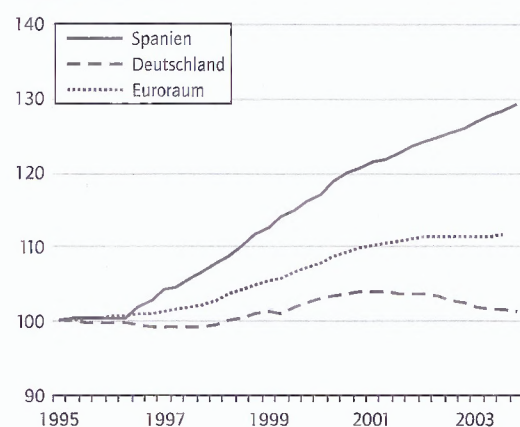
Außenbeitrag¹

In % des BIP



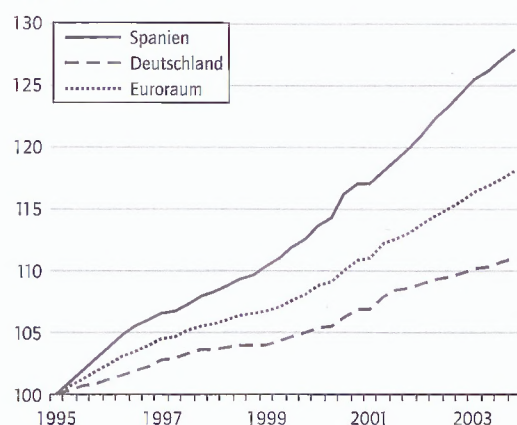
Arbeitnehmer² im Inland

1. Quartal 1995 = 100



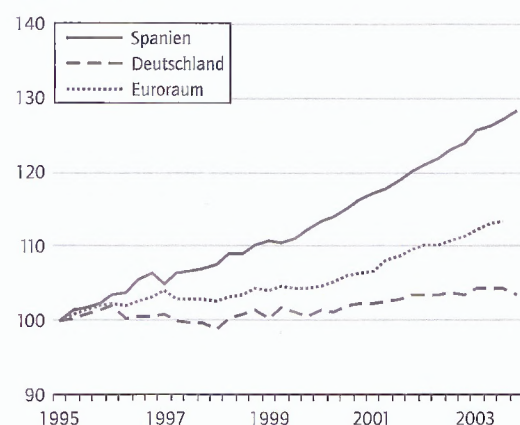
Verbraucherpreise (HVPI)

1. Quartal 1995 = 100



Lohnstückkosten³

1. Quartal 1995 = 100



¹ Saisonbereinigt, in konstanten Preisen.

² Saisonbereinigt.

Quellen: Eurostat; Statistisches Bundesamt; EZB;
Berechnungen des DIW Berlin.

³ Lohnkosten in Relation zur Arbeitsproduktivität.

DIW Berlin 2004

gen aus Brüssel,³ der Überschüsse in der Dienstleistungsbilanz (Tourismus) sowie der Überweisungen von im Ausland lebenden Spaniern fiel das Leistungsbilanzdefizit mit gut 2 % allerdings erheblich geringer aus. Ein Defizit dieser Größenordnung gilt als nicht besorgniserregend. Allerdings verringert der negative Außenbeitrag – also der negative Saldo der Exporte von Gütern und Dienstleistungen und deren Importen – die gesamtwirtschaftliche Expansion jährlich um 0,5 bis 1 %.

Kräftige Impulse von der europäischen Geldpolitik

Eine Inflationsrate deutlich über dem EWU-Durchschnitt bedeutet auf längere Sicht für die Außenwirtschaft eines Mitgliedslandes einen ständigen Verlust an Wettbewerbsfähigkeit, da die Produkte relativ teurer werden. Gleichzeitig fallen aber die realen Zinsen bei einem durch die EZB gegebenen einheitlichen nominalen Zinssatz entsprechend niedriger aus. Damit wirkt die europäische Geldpolitik, die sich an der durchschnittlichen Inflationsrate im Euroraum ausrichtet, für Spanien deutlich anregender als z. B. für Deutschland, dessen Inflationsrate in den letzten Jahren um bis zu 2 Prozentpunkte niedriger war.

Mit der Währungsunion gibt es für eine überzogene Lohnpolitik im Falle eines relativ kleinen Landes wie Spanien (Gewicht im HVPI des gesamten Euroraums nur knapp 11 %) keine geldpolitischen Sanktionsmöglichkeiten mehr. Würde der ganze Euroraum oder ein großes Land wie Deutschland

eine Lohnpolitik wie in Spanien zulassen, so hätte dies die Inflationsrate im Euroraum deutlich nach oben getrieben, und die EZB hätte die Zinsen erhöhen müssen bzw. nicht senken dürfen. Letztlich ist das spanische Beschäftigungswunder somit zu einem beträchtlichen Teil eine Folge der für Spanien relativ expansiv wirkenden Geldpolitik.

Eine eher untergeordnete Rolle bei der Beschäftigungsentwicklung kommt den Arbeitsmarktreformen seit 1997 zu. Damit wurden Beschäftigungsanreize geschaffen, insbesondere durch eine Senkung der Abfindungszahlungen und Zuschüsse zur Sozialversicherung bei der Einstellung von Arbeitslosen aus bestimmten Gruppen (z. B. Langzeitarbeitslose, ältere Arbeitnehmer, Schul- und Hochschulabsolventen ohne Berufserfahrung). Diese Reformschritte haben vor allem einen Einfluss auf die *Struktur* der Beschäftigung und weniger auf das Niveau. So ist es immerhin gelungen, den Anteil der befristeten Beschäftigungsverhältnisse, der in Spanien so hoch ist wie nirgendwo sonst in der EU, von 34 % auf 31 % zu senken.⁴

„Bubble“ auf dem Immobilienmarkt?

Die Finanzpolitik bildete in den vergangenen Jahren ein gewisses Gegengewicht zur lockeren Geldpolitik. Sie wirkte durch die allmähliche Senkung des Haushaltsdefizits in den vergangenen Jahren leicht restriktiv und ist zuletzt bei nahezu ausgeglichenem Haushalt auf einen neutralen Kurs eingeschwenkt. Während die Finanzpolitik *insgesamt* also keine positiven konjunkturellen Impulse gab, förderten einzelne steuerpolitische Regelungen aber genau diejenigen Bereiche, die bereits von den niedrigen Zinsen profitierten. Dies gilt vor allem für den Wohnungsbau.

Hier gibt es umfangreiche Steuervergünstigungen für Eigenheimerwerber, die die Nachfrage nach Wohnraum zusätzlich angeregt haben. Durch die Steuerabzugsmöglichkeiten sind die effektiven Hypothekenzinsen so weit gesunken, dass sie in manchen Fällen real sogar negativ geworden sind. Da das Angebot an Immobilien mit der kräftig steigenden Nachfrage nicht Schritt halten konnte, zogen die Immobilienpreise kräftig an. Sie nehmen seit Jahren mit zweistelligen Raten zu. Der durchschnittliche Quadratmeterpreis für Wohnimmobilien hat sich seit Anfang 1995 mehr als verdoppelt (Abbildung 2).

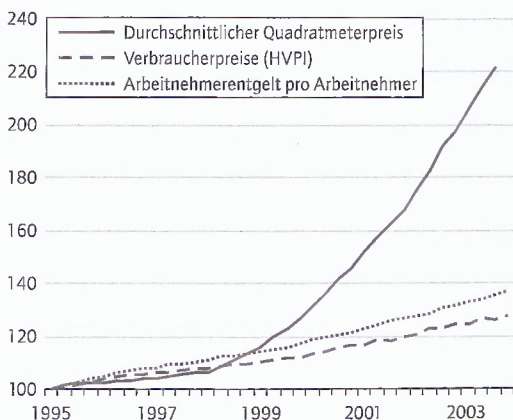
³ Die Nettozahlungen an Spanien betrugen seit Mitte der 90er Jahre deutlich über 1 % des BIP/Bruttonationaleinkommens pro Jahr. Vgl. European Commission: Allocation of 2002 EU Operating Expenditure by Member State. Brüssel, September 2003, Tabelle 6, S. 126 (www.europa.eu.int/comm/budget/agenda2000/reports_en.htm).

⁴ Samuel Bortolila und Juan F. Jimeno: Spanish Unemployment: The End of the Wild Ride? FEDEA Working Paper Nr. 2003-10. Madrid 2003, S. 8.

Abbildung 2

Entwicklung der Immobilienpreise in Spanien relativ zu anderen Preisen 1995 bis 2003

1. Quartal 1995 = 100



Quellen: Banca de España; Eurostat.

DIW Berlin 2004

Daher wird in Spanien schon seit einiger Zeit diskutiert, ob es am Immobilienmarkt bereits zu einer „Bubble“ gekommen ist. Das bedeutet, dass Investoren in Erwartung weiterer Preissteigerungen bereit sind, Immobilien zu erwerben, deren aktueller Marktwert durch eben diese Erwartungen künstlich – also ohne realwirtschaftliche Basis – aufgebläht wurde, aber sich dauerhaft nicht auf dem gegenwärtigen Niveau halten lässt. Sobald sich die Erwartungen umkehren, droht ein Preisverfall.

Die Banco de España, die für ganz Spanien Immobilienpreise erfasst und Durchschnittswerte für das Land und einzelne Regionen veröffentlicht, hat ein langfristiges Gleichgewichtsverhältnis zwischen Immobilienpreisen und den verfügbaren Einkommen der Haushalte geschätzt. Von diesem weichen die Immobilienpreise bereits jetzt deutlich nach oben ab; danach sind die spanischen Immobilien um 8 bis 20 % überbewertet.⁵

Trotzdem hält der Boom beim Wohnungsbau an. Für das dritte Quartal 2003, den letzten verfügbaren Wert, wurde bei den Immobilienpreisen ein Zuwachs von 15,7 % gegenüber dem Vorjahresquartal registriert – ein etwas niedrigerer Wert als in der ersten Jahreshälfte (17,5 %).⁶ Noch ist unklar, ob sich jetzt angesichts bereits sehr hoher Preise eine Verlangsamung andeutet. Mit jeder weiteren Preissteigerung steigt das Risiko einer spekulativen Blase, die schließlich platzt. Die dann folgende Anpassung der Kapazitäten nach unten kann sich über Jahre hinziehen. Mit 11,9 % hatte Spanien im Jahre 2002 den zweithöchsten Anteil von Erwerbstätigen in der Bauwirtschaft von allen EU-Ländern (EU-Durchschnitt: 7,9 %).⁷

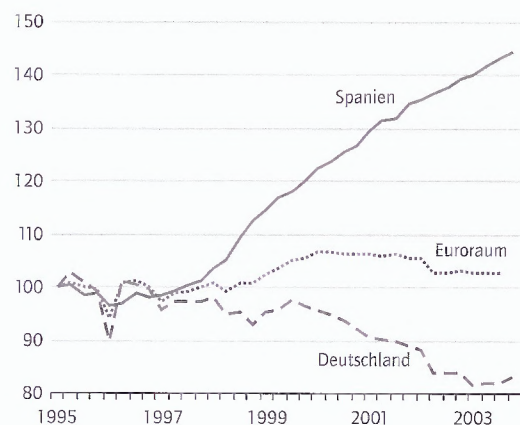
Der im europäischen Vergleich große Bausektor (zur Entwicklung der Bauinvestitionen in den letzten Jahren vgl. Abbildung 3) hat auch mit den aus Brüssel geförderten Infrastrukturmaßnahmen zu tun. Längerfristig ist hier angesichts der EU-Osterweiterung mit einer allmählichen Rückführung der Mittel aus dem Strukturfonds und dem Kohäsionsfonds zu rechnen. Spätestens wenn Rumänien und Bulgarien der Union beitreten, werden sich Nettoszahungen an Spanien kaum noch rechtfertigen lassen.

Ein – wenn auch zurzeit geringes – Risiko für die Bauwirtschaft besteht in der Finanzierung der Immobilien in Spanien. Dies geschieht nämlich in der Regel zu variablen Zinssätzen.⁸ Eine Anhebung der Zinsen kann so die Finanzierungsbedingungen für die Haushalte erheblich verschlechtern. Dies hätte direkte Auswirkungen auf den Konsum, für den bei höheren Zinszahlungen weniger Mittel zur Verfügung ständen. Da die spanischen Haushalte rund 70 % ihres Vermögens in Immobilien halten,

Abbildung 3

Bauinvestitionen¹ in Spanien, Deutschland und dem Euroraum 1995 bis 2003

1. Quartal 1995 = 100



¹ Saisonbereinigt, in konstanten Preisen.

Quellen: Eurostat; Statistisches Bundesamt.

DIW Berlin 2004

beeinflussen außerdem Veränderungen der Immobilienpreise über Vermögenseffekte auch den Konsum.

Die Risiken des Baubooms werden in Spanien zunehmend thematisiert. Als ein Weg zu einem „soft landing“ wird die Abschaffung der Steueranreize diskutiert,⁹ die es ermöglichen, einen erheblichen Teil der Hypothekenzinsen von der Einkommensteuer abzusetzen. Dies fordern auch OECD¹⁰ und IMF¹¹ seit einiger Zeit, weil sie in den Steueranreizen eine mögliche Ursache für eine spekulative Blase auf dem Immobilienmarkt sehen.

Ausblick

Der beeindruckende Wachstumsprozess in Spanien steht auf wackeligen Füßen. Die Hauptfaktoren, die die rasche Expansion ermöglichten – niedrige Realzinsen, Multiplikatorwirkungen der EU-Mittel sowie fiskalische Anreize –, werden nicht

⁵ Vgl. Juan Ayuso, Jorge Martínez, Luis A. Maza und Fernando Restoy: El precio de la vivienda en España. Banco de España, Boletín Económico. Madrid, September 2003, S. 70.

⁶ Berechnung auf der Basis von: Banco de España: Boletín Estadístico, Tabelle 25.7 (www.bde.es/infoest/a2507.pdf).

⁷ Vgl. European Commission: Employment in Europe 2003. Luxemburg 2003, S. 37.

⁸ IMF: Spain – 2003 Article IV Consultation, Preliminary Conclusions. Madrid, 17. November 2003 (www.imf.org/external/np/ms/2003/111803.htm).

⁹ Vgl. z. B. Piedad Oregui: Hipotecas sin derecho a deducir. In: El País vom 15. Februar 2004, Wirtschaftsteil (Negocios), S. 20.

¹⁰ OECD, a. a. O., S. 11; vgl. auch S. 16 ff.

¹¹ IMF, a. a. O.

auf Dauer aufrechtzuerhalten sein. Großenteils liegen sie außerdem außerhalb des unmittelbaren Einflussbereichs der spanischen Wirtschaftspolitik. Spanien wählt am 14. März 2004 ein neues Parlament und damit auch eine neue Regierung. Diese sollte die Aufbruchsstimmung zu Beginn der Legislaturperiode nutzen, um die notwendigen Veränderungen rasch in Angriff zu nehmen.

Wichtig ist, dass die neue spanische Regierung zusätzliche Schritte unternimmt, um das langfristige Wachstumspotential und die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Dies ist erforderlich, damit Spanien seinen bereits mit dem EU-Beitritt 1986 begonnenen Aufholprozess erfolgreich fortsetzen kann. Auch wenn eine Abschaffung der Lohnindexierung und ein produktivitätsorientierter Lohnbildungsmechanismus erste wichtige Schritte wären, um den Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den EWU-Ländern aufzuhalten, liegt das Problem nicht allein in der andauernden realen Aufwertung, die gegenüber dem langjährigen Durchschnitt (1980 bis 2002) knapp 8 % beträgt. Spaniens Preisniveau hat 2002 bereits 83 % des EU-Durchschnitts erreicht und liegt damit weit über dem Preisniveau neuer Konkurrenten in Osteuropa.

Schwerwiegender für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit ist der Umstand, dass Spanien mit 57 % immer noch den zweithöchsten Anteil (nach Portugal) niedrig qualifizierter Arbeitnehmer¹² in der EU hat. Damit sind die Arbeitnehmer in den Beitrittsländern grundsätzlich nicht nur billiger, sondern meist auch deutlich besser ausgebildet.

Wenn Spanien langfristig auch ohne umfangreiche Zuschüsse aus Brüssel eine Wachstumsperspektive haben will, dann darf es gerade im Hochtechnologiebereich nicht den Anschluss verpassen. Hochtechnologieprodukte haben jedoch an der Wertschöpfung wie auch an den Exporten einen im EU-Vergleich unterdurchschnittlichen Anteil.¹³ Angesichts der relativ niedrigen Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Unternehmenssektor, die in Relation zum Bruttoinlandsprodukt nicht einmal die Hälfte des EU-Durchschnitts erreichen, gibt es hier einen großen Nachholbedarf.

Einige Maßnahmen hat die Regierung im vergangenen Jahr bereits ergriffen, um neue Technologien – insbesondere im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie – zu fördern und die Ausgaben für Forschung und Entwicklung bis 2007 auf 1,4 % des Bruttoinlandsprodukts zu steigern,¹⁴ was fast einer Verdreifachung entsprechen würde. Unter anderem soll die Innovationsfähigkeit der Unternehmen durch steuerliche Anreize gefördert werden. Dies erscheint angesichts des Nachholbedarfs Spaniens für einen begrenzten Zeitraum sinnvoll. Andere steuerliche Begünstigungen, etwa jene im Wohnungsbau, sollten hingegen schrittweise eingestellt werden.

¹² Im EU-Durchschnitt haben 37,8 % der Arbeitnehmer nur einen niedrigen Ausbildungsstand. Vgl. European Commission: Employment in Europe 2003, a. a. O., S. 34.

¹³ Vgl. Soledad Bravo und Esther Gordo: Los factores determinantes de la competitividad y sus indicadores para la economía española. Banco de España, Boletín Económico. Madrid, September 2003, S. 82.

¹⁴ European Commission: Communication from the Commission on the Implementation of the 2003–2005 Broad Economic Guidelines. European Economy, No. 1/2004. Brüssel 2004, S. 30.

Hinweis auf eine neue Publikation

Changing Life Patterns in Western Industrial Societies

Edited by

Janet Z. Giele, Brandeis University, Waltham/MS, USA,
and Elke Holst, DIW Berlin

Hardly any broad analyses exist to link the vast contemporary change in life patterns both to changes in women's lives (rising employment, declining fertility, and changing use of time) and to changes in men's lives, the gender contract, and the economy, as well as to national social policies. This book shows not only similar trends across countries but also the likely direction of future change, particularly as related to economic growth, gender equity, and the well-being of families and children.

The first chapter, an overview by the editors, provides a comprehensive conceptual framework for understanding how the economic, sociological, and cultural changes have produced new individual life patterns.

Succeeding chapters cover in Part I (*Structural Forces that Shape Life Patterns*) the connections between contemporary changes in lives and the changing global economy, the changing welfare state, and the growth of personal choice; in Part II (*The Changing Demographics of Time Use*) changing time use patterns of men and women; in Part III (*Institutional Factors in an International Perspective*) the institutional factors in employment, child care, law, and family that affect life patterns of both sexes. The closing chapters in Part IV (*The Role of Individual Agency and Choice*) focus on characteristics of individuals and occupations that support the new work and family roles.

This book is written in non-technical language for public policy makers, students in the social sciences, journalists, and researchers who are interested in (a) aging and life-span development; (b) cross-national comparison of child and family well-being and their implications for government policy, social welfare programs, and the economy; and (c) women's and gender studies and gender mainstreaming.

Hardbound, ISBN 0-7623-1020-0, 314 pages
Publication date: 2003, Imprint: JAI
Price: order form, US-\$ 90.-/Euro 90.-

Das Buch kann auch beim Elsevier-Verlag (www.elsevier.com) bestellt werden.

Impressum

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Dr. Tilman Brück
PD Dr. Gustav A. Horn
Dr. Kurt Hornschild
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey
Dr. Hans-Joachim Ziesing

Redaktion

Dörte Höppner
Dr. Elke Holst
Jochen Schmidt
Dr. Mechthild Schrooten

Pressestelle

Dörte Höppner
Tel. +49-30-897 89-249
presse@diw.de

Verlag

Verlag Duncker & Humblot GmbH
Carl-Heinrich-Becker-Weg 9
12165 Berlin
Tel. +49-30-790 00 60

Bezugspreis

Jahrgang Euro 120,-
Einzelheft Euro 11,-
Zuzüglich Versandkosten
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter www.diw.de

Konzept und Gestaltung

kognito, Berlin

Druck

Druckerei Conrad GmbH
Oranienburger Str. 172
13437 Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung
– auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Abteilung
Information und Organisation zulässig.